



**Beschlusskontrolle zur Sitzung des Kulturausschusses am 04.09.2019**

**Anfrage von Frau Dr. Brock zur Unternehmerfamilie Reinicke**

**TOP: 8.1**

**Antwort der Verwaltung:**

**Im Zusammenhang mit der Beschlussvorlage Vergabe von zwei neuen Straßennamen Reinickestraße und Zum Böllberger Ufer bat Frau Dr. Brock um Auskunft, wie sich die Unternehmerfamilie Reinicke im Nationalsozialismus verhalten hat.**

Nach dem Tod des Firmengründers Bruno Reinicke am 30.03.1926 führten dessen Söhne Fritz und Bruno Reinicke das Unternehmen fort, wobei nach der Umwandlung der bisherigen Aktiengesellschaft in eine Kommanditgesellschaft zum 01.04.1937 nun als persönlich haftende Gesellschafter Fritz Reinicke (Anteil 16,095%) die Geschäftsleitung innehatte und sein Bruder Bruno Reinicke (Anteil 29,849%) ein Landgut in Jemmeritz in der Altmark betrieb und als stiller Teilhaber fungierte. 55 Kommanditisten hielten die verbleibenden Anteile (54,056%).

Die Malzproduktion, welche im Jahrgang 1929/30 einen Höchststand erreicht hatte, brach durch die Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise massiv ein (1931/32 noch 25% der Quantität zwei Jahre zuvor) und erholte sich erst in den Jahrgängen 1937/38 und 1938/39. Im Jahre 1938 erfolgte eine Erweiterung des Unternehmens durch die Übernahme einer Malzfabrik in Leobschütz in Oberschlesien (heute Glubczyce), die als „Malzfabrik Leobschütz, Reinicke & Co., Zweigniederlassung der Halleschen Malzfabrik Reinicke & Co.“ firmierte.

1941 beging die Firma ihr 60jähriges Bestehen und publizierte eine Jubiläumsschrift mit detaillierten Informationen zum Mälzereigewerbe und zur Betriebsgeschichte. U.a. wird auf die problematische Entwicklung in den 1930er Jahren hingewiesen, zunächst bedingt durch die Folgen der Weltwirtschaftskrise, dann durch auf Autarkie ausgerichtete wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Rationierung von Gerste, die Einführung von Gerstebezugsscheinen und die Festsetzung von Höchstpreisen, welche das Angebot verknappten. Anzumerken ist, dass im Vergleich zu ähnlichen Jubiläumsschriften dieser Jahre keine flammenden Bekenntnisse zum NS-Führerstaat oder augenfällige NS-Symbolik Verwendung findet.

Ob die beiden Firmeninhaber Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen waren, dazu geben die Unterlagen des Stadtarchivs keine Hinweise. Um dies zu ermitteln, ist eine Anfrage an das Bundesarchiv, Standort Berlin, zur NSDAP-Mitgliederkartei erforderlich.

Gegen eine Parteizugehörigkeit spricht, dass beide nicht in der sogenannten „politischen Wohnungskartei“ aufgeführt sind. Die politische Wohnungskartei wurde kurz nach Beendigung des Krieges durch das Wohnungsamt Halle als Handlungshilfe für Wohnungszuweisungen angefertigt. Für die Aufnahme in diese Kartei wurden Wohnungen ausgewählt, die von Mitgliedern der NSDAP oder anderer nationalsozialistischer Gruppierungen bewohnt wurden.

Das Bestreben des Unternehmens, langjährige Fachkräfte an die Firma zu binden, z.T. über mehrere Generationen hinweg, wurde durch einen schon 1926 ins Leben gerufenen Wohlfahrtsfonds zum Ausdruck gebracht, der in Fällen von Krankheit sowie als Ruhegehalt für ehemalige Mitarbeiter Zuwendungen verausgabte. Der Zeit entsprechend wurde hier der Terminus „Gefolgschaft“ für die Belegschaft verwendet. Politische Aussagen darüber hinaus, wie Bekenntnisse zum NS-Staat fehlen dagegen völlig.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges gingen die Malzproduktion und damit der Firmengewinn bedingt durch die Reduzierung von Gerstezuteilungen im Rahmen der Lebensmittel-Rationierung kontinuierlich von 146.300 Zentner (1939) auf 25.600 Zentner (1945) zurück. Die Firma kann nicht als Kriegsgewinnler bezeichnet werden.

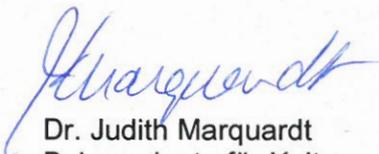
Nach Angaben des Jahresberichts des Unternehmens für das Geschäftsjahr 1939/40 wurden für die Familien von zum Kriegsdienst einberufenen Mitarbeitern Beihilfen zum Lebensunterhalt gewährt. Dem Jahresbericht des Geschäftsjahres 1940/41 ist zu entnehmen, dass zum Ersatz der einberufenen Belegschaftsmitglieder französische Kriegsgefangene zum Einsatz kamen. Dieser Umstand ist vergleichbar mit dem Handeln anderer Hallescher Unternehmen und Einrichtungen. Unterlagen zum Einsatz von Zwangsarbeitern liegen im Stadtarchiv zu einer Vielzahl von halleschen Unternehmen vor, darunter:

- Hallesche Maschinenfabrik
- Habämfä (Hallesche Bäckereimaschinen Fabrik)
- Hoch und Tief
- Franck Söhne, Kaffeefabrik
- Siebel-Flugzeugwerke
- Wegelin & Hübner
- Mercedes Benz, Niederlassung Berliner Straße

Im weiteren Verlauf des Krieges wuchs auch für die Firma Reinicke die Gefahr durch Luftangriffe, sodass die Geschäftsleitung am 09.08.1944 durch den örtlichen Luftschutzleiter angewiesen wurde, das Einlagerungsgut in der Fabrik auf 20.000 dt zu begrenzen, sodass ein Großteil der Braugerste nun außerhalb in Merseburg und Schafstädt gelagert werden musste.

Nach Kriegsende wurde die Hallesche Malzfabrik im August 1945 in einer Erhebung des städtischen Ernährungs- und Wirtschaftsamt als „leistungsfähig“ und „liquide“ eingestuft. 1951 erfolgte die zwangsweise Eingliederung in den Konsum als sozialistische Wirtschaftseinrichtung.

Neben seiner leitenden Tätigkeit im Unternehmen war Fritz Reinicke ein Mitbegründer des Bundes deutscher Malzfabriken sowie als Vorstandsmitglied der Produktenbörse Halle und Handelsrichter tätig. Er verstarb am 30.11.1965 in Halle.



Dr. Judith Marquardt  
Beigeordnete für Kultur und Sport